

Kontinuitäten des Vergessens

Der Umgang mit dem Völkermord an den Herero
durch die Bundesregierung 1990-2013

Von
Evrin Sommer

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Inhaltsverzeichnis	2
1. Vorwort	3
2. Der historische Kontext.....	4
2.1. Die deutsche Politik und der Kolonialismus	4
2.2. Der Vernichtungskrieg gegen die Herero.....	5
3. Die Position der Bundesregierungen 1990-heute.....	6
3.1. Ära Kohl (1990-1998).....	6
3.2. Die Rot-Grüne Regierungszeit (1998-2005).....	8
3.3. Die Ära Angela Merkel (2005-heute)	10
4. Resümee	11
5. Literatur.....	13
Gedruckte Quellen.....	13
Im Internet veröffentlichte Quellen.....	13

1. Vorwort¹

Der *Völkermord*² an den Herero durch Truppen des deutschen Kaiserreiches zu Beginn liegt nun mehr als 100 Jahre zurück. Während heute das Gedenken der Opfer der Nationalsozialisten und das Erinnern an den Holocaust ein fester Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur geworden sind, gibt es bislang keine Anerkennung der Schuld seitens der deutschen Regierung gegenüber der Opfer des Völkermordes in Deutsch-Südwestafrika. Warum aber weigert sich die deutsche Regierung, den mit „genozidalem Vernichtungswillen geführten Krieg der kaiserlichen ‚Schutztruppen‘ gegen die Herero“³ anzuerkennen? Warum stemmt sie sich nach wie vor dagegen, eines der dunkelsten Kapitel des europäischen Kolonialismus in Afrika aufzuarbeiten? Zumal in diesem Kontext erstmaligen Einsatz von *Konzentrationslagern* von deutscher Seite erprobt wurde.

Die Geschichte der Bewertung des Völkermordes in Deutsch-Südwestafrika beginnt bereits gleich nach der Niederschlagung des Aufstands der Herero. So diskutierten die Vertreter der Parteien im Deutschen Reichstag über die Richtigkeit des Einsatzes massiver Gewalt gegen die Aufständischen seitens Generalleutnant Lothar von Trotha. Dennoch, heute wird dieses tragische Kapitel der deutschen Geschichte von der offiziellen Politik verdrängt.

In dieser vorliegenden Arbeit werde ich die offizielle Bewertung des Völkermord an den Herero durch die deutschen Regierung seit der „Wiedervereinigung“ darstellen und analysieren. Die zentrale Frage in meiner Hausarbeit ist, welche politische Linie und Grundsätze vertraten die verschiedenen Bundesregierungen unter Kohl, Schröder und Merkel bezüglich der Anerkennung einer Schuld am Genozid an den Herero? Hierbei soll nach der Kontinuität der politischen Haltung und nach Brüchen gefragt werden.

¹ Dieser Text ist die leicht veränderte Fassung einer Hausarbeit, die für das PS „Deutsche

Kolonialgeschichte Transnational“ an der Philosophische Fakultät I/ Institut für Geschichtswissens-

² Zum Begriff des Völkermords vgl. Medardus Brehl: „Diese Schwarzen haben vor Gott und Menschen den Tod verdient“ Der Völkermord an den Herero 1904 und seine zeitgenössische Legitimation, in: Irntrud Wojak, Susanne Meinel (Hg.), Völkermord. Genozid und Kriegsverbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 2004, S. 77–97.

³ Vgl. Andreas Eckert: Namibia ein deutscher Sonderweg in Afrika, in: Jürgen Zimmerer/Joachim Zeller (Hg.): Völkermord in Deutsch-Südafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen. Berlin 2004, S. 226–231.

2. Der historische Kontext

2.1. Die deutsche Politik und der Kolonialismus

Das Deutsche Reich „erwarb“ erst nach Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden zwischen 1884 und 1889 Kolonien. Zunächst hatte der Reichskanzler Bismarck keinerlei koloniale Ambitionen. In einer Erklärung sagte er: „Solange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik.“⁴ Allerdings musste Bismarck diese politische Haltung aufgrund des öffentlichen Drucks revidieren. Doch sein Kurswechsel hin zu einer deutschen Expansion in Afrika bestand lediglich darin, so genannte „Schutzgebiete“ zu errichten. In diesem Sinne sprach er nie von Kolonien, um so nicht territoriale Ansprüche des deutschen Staates gelten zu machen. Um diesen Anspruch zu erfüllen, unterstützte er private Kolonialgesellschaften.⁵

Die Anhänger der Kolonialisierung in Deutschland waren meist einflussreiche national-liberale Bildungsbürger, Adlige, Missionare und Kaufleute. Sie propagierte die Kolonialisierung massiv und es gelang ihnen, sie auf die politische Agenda zu setzen. Die Forderung nach deutschen Kolonien, stieß auf einen fruchtbaren Boden. Dafür gab es verschiedenen Gründe: Erstens die Handelsinteressen deutscher Firmen. Zweitens gab es bereits im Jahre 1880 eine große Auswanderungswelle von Deutschen nach Afrika, speziell in die Kolonie „Neu-Deutschland“ im heutigen Südafrika. Drittens wollte die deutsche Regierung die Kolonialisierung zur Staatsaufgabe erklären und dadurch von inneren Unruhen und Konflikten ablenken. Es spielte aber auch der Gedanke einer Ausweisungspolitik eine Rolle: oppositionelle Kräfte sollten in geplanten Strafkolonien interniert werden. Relevant war aber auch der Anspruch auf Erwerb von Kolonien, um eine zivilisatorische Mission durchzuführen.⁶

Zu keinem Zeitpunkt existierte in Deutschland eine einheitliche Position zur Kolonialpolitik. Dennoch wurde die überseeische Expansion von einer breiten gesellschaftlichen Schicht getragen. Parteipolitisch gab es dazu kaum Einwände. Allenfalls wurde die Methode, mit der vorgegangen werden sollte, kritisiert, so etwa von der *katholischen Zentrumspartei*. Sie sprach von einem kolonialen Abenteuer und kapitalistischer Ausbeutung. Die schärfsten Kritiker waren Linksliberale und die SPD. Sie machten Praktiken von Repressionen und Übergriffen in den Kolonien öffentlich.⁷

⁴ Zitiert nach Sebastian Conrad (2008): Deutsche Kolonialgeschichte. München 2008, S. 22f.

⁵ Vgl. ebenda.

⁶ Vgl. ebenda, S. 23-25.

⁷ Vgl. ebenda, S. 27.

Die heftigste und kontroverseste Debatte wurde über den Kolonialkrieg in Deutsch-Südwestafrika geführt. So lehnten die SPD und das Zentrum den Nachtragshaushalt für den Kolonialetat ab. Daraufhin wurde der Reichstag aufgelöst. Die SPD war nicht grundsätzlich gegen die Kolonialisierung, sie richtete ihre Kritik gegen die gewaltsamen Methoden der Kolonialisierung.⁸ 1906 sagte August Bebel im Reichstag, „dass Kolonialpolitik betreiben ist an und für sich keine Verbrechen. Kolonialpolitik zu betreiben kann unter Umständen eine Kulturtat sein.“⁹

2.2. Der Vernichtungskrieg gegen die Herero

Massive Gewalt und Kriege gegen die einheimische Bevölkerung waren ein gängiges Mittel der Kolonialisten, um ungehemmt ihr Ziel von der Eroberung von Teilen Afrikas durchzusetzen. Diese Methode der gewaltsamen Entrechtung der Bevölkerung und sie dann auszubeuten blieb selbstverständlich nicht folgenlos. Es gab zahlreichen Widerstand gegen die Kolonialherren, wie die Verweigerung der Unterjochung oder Aufstände. Die Hauptursache für den Krieg in Südwestafrika von 1904 bis 1907 war die Enteignung der größten Bevölkerungsgruppe in Deutsch-Südwestafrika, die der Herero. Die Vertreter der deutschen kolonialen Verwaltung planten 75% des Landes zu enteignen und es den deutschen Siedlern zur Verfügung zu stellen. Damit wurde die Herero ihrer Lebensgrundlage beraubt, denn sie waren ursprünglich Hirten und betrieben Viehzucht.¹⁰

Die Herero wehrten sich gegen diesen Verlust ihrer Existenzgrundlage und führten einen Aufstand durch. Gut organisiert und mit Schusswaffen bewaffnet errangen sie zunächst militärische Erfolge. Daraufhin wurde eine Expeditionskorps unter dem für seine Gnadenlosigkeit bekannten Generalleutnant Lothar von Trotha entsandt. Er erklärte den Herero den Krieg, einen Krieg, den er selbst als „Rassenkrieg“ bezeichnete, der mit „Strömen von Blut“¹¹ zu führen und „nur durch die Vernichtung oder vollständige Knechtung abzuschließen“¹² sei. Er erteilte einen Schießbefehl, der auch Frauen und Kinder einschloss. Systematisch trieb er die Herero in die Omaheke-Wüste, um sie verdursten zu lassen. Die Überlebenden wurden gefangen genommen und in Konzentrationslagern interniert, die nach

⁸ Vgl. Conrad, Kolonialgeschichte, S. 27f.

⁹ Ebenda, S. 28.

¹⁰ Vgl. ebenda, S.29f.

¹¹ Von Trotha zitiert nach Jürgen Zimmerer: Kein Sonderweg im „Rassenkrieg“. Der Genozid an den Herero und Nama 1904-08 zwischen deutschen Kontinuitäten und der Globalgeschichte der Massengewalt ,in Sven Oliver Müller und Cornelius Torp (Hg.), Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009, S. 335

¹² Ebenda.

dem Vorbild der englischen *concentration camps* aus dem Zweiten Burenkrieg, gebaut wurden.¹³ In diesen Lagern begann für viele Herero erst das eigentliche Martyrium. Tausende starben an Entkräftung und Krankheiten aufgrund der schlechten hygienischen Zustände. Die Überlebenden wurden ihrer Lebensgrundlage beraubt sowie der Besitz von Großvieh und Land untersagt. Viele wurden zu „freien Lohnarbeitern“, was ihnen den letzten Rest der kulturellen Identität raubte.¹⁴ Da es sich bei dem Krieg gegen die Herero um eine systematische Vernichtung des Volkes der Herero handelte, bezeichnen Historiker diesen als Vernichtungskrieg.¹⁵

3. Die Position der Bundesregierungen 1990-heute

3.1. Ära Kohl (1990-1998)

Die erste offizielle politische Debatte hinsichtlich der Aufarbeitung der Kolonialen Vergangenheit in der BRD wurde erst am 1. April 1989 mit dem beginnenden Unabhängigkeitsprozesses in Namibia geführt. Im Ausschuss des Auswärtigen Amtes wurde am 15. März 1989 eine Beschlussempfehlung und Bericht hinsichtlich der „besonderen Verantwortung“ der Bundesrepublik Deutschland für Namibia und seiner Bürger von der Fraktion der CDU/CSU und der FDP vorbereitet. Dieser Antrag enthielt ebenso Aussagen zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Namibia. Im Bundestag wurde dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN beschlossen. DIE GRÜNEN stimmten diesen Antrag nicht zu, weil sie einerseits in die Formulierung in den Antrag aufnehmen wollten, dass die Besetzung Namibias völkerrechtswidrig war. Zum anderen wollten sie, dass die deutsche Regierung sich dafür einsetzt, dass die durch die Besetzung Namibias seitens Südafrika vom Ersten Weltkrieg bis zur Unabhängigkeit am 21. März 1990 entstandenen Kosten nicht auf das neue unabhängige Namibia übertragen, sondern von Südafrika getragen werden. Diese Punkte waren im CDU-FDP Regierungskoalitionsantrag nicht enthalten.¹⁶

Die Bundesregierung hat über diesen Beschluss der „besonderen Verantwortung“ für die ehemalige Kolonie hinaus keine weitere Verantwortung übernommen. Die weiteren Aktivi-

¹³ Zur Geschichte der britischen *concentration camps* im Zweiten Burenkrieg vgl. Thomas Pakenham: *The Boer War*, New York 1979, S. 493–495.

¹⁴ Vgl. Conrad, *Kolonialgeschichte*, S. 22; Appell an den deutschen Bundestag. Der Völkermord an den Herero, auf: <http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=49> (Zugriff: 12. April 2013).

¹⁵ Vgl. Werner Hillebrecht: *Die Nama und der Krieg im Süden*, in: Zimmerer/Zeller, *Völkermord*, S. 121-133.

¹⁶ Deutscher Bundestag: Drucksache 11 /4205 vom 15. März 1989, online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/11/042/1104205.pdf> (Zugriff: 16. April 2013) und Drucksache 11/4846 vom 21. Juni 1989, online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/11/048/1104846.pdf> (Zugriff: 16. April 2013).

täten der Bundesregierung von 1989 bis 1992 waren zwar zahlreiche Delegationsbesuche der Bundestagsabgeordneten. Insgesamt wurden Besuche von mehr als 120 Delegationen durch öffentlichen Mittel finanziert. Die meisten dieser Besuche haben jedoch nicht zur „Normalisierung“ der Beziehungen des namibischen Staat und der Bundesregierung geführt, sondern zur Verschärfung der vorhandenen Vorbehalte geführt. Dies resultiert primäre daraus, dass die Bundesregierung zwar eine „besondere Verantwortung“ für Namibia übernahm, allerdings kein Schuldbekennnis formulierte. Symptomatisch für diese Haltung und gleichermaßen ein Zeichen für außenpolitische Ungeschicktheit war der Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl im Jahr 1995. Trotz Widerstandes des Namibischen Staates organisierte er dabei einen staatlichen Empfang für die deutschsprachige Minderheit im Lande. Zum Überlaufen brachte Helmut Kohl das Fass, als er in seiner Rede in Anwesenheit des namibischen Staatsoberhauptes die eingeladenen Gäste der deutschen Minderheit mit „liebe Landleute“ begrüßte und deren Engagement bei der Entwicklung des Landes hervorhob. Daraufhin gab es einen tobenden Beifall der anwesenden Gäste und sehr großen Unmut seitens der Namibischen Regierung.¹⁷

In die Ära der Kohlregierung ist auch der fünftägige Staatsbesuch des Bundespräsidenten Roman Herzogs von 1998 einzuordnen. Bei diesem Besuch erteilte er der Forderungen nach Reparationszahlung seitens der Herero gleich zu Beginn eine entschiedene Abfuhr. Darüber hinaus kritisierte er die Reform der Sprachpolitik der Namibischen Regierung und unterstrich, dass dadurch die deutsche Minderheit ihren besonderen Sprachstatut nicht mehr erhalten würden. Diese unverschämte Kritik von Roman Herzog veranlasste den damaligen namibischen Präsidenten den deutschen Präsidenten aufzufordern, sich nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten Namibias einzumischen. Roman Herzog beschuldigte später zu Unrecht seinen Dolmetscher, er hätte seine Worte falsch übersetzt und versuchte sich dadurch aus der Affäre zu ziehen.¹⁸

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die CDU-FDP-Regierung sich während ihrer Regierungszeit ihre besonderen Verantwortung hinsichtlich der Verbrechen während der Kolonialzeit nicht bewusst war. In postkolonialer Manier unterstützten sie in einer hochbrisanten Zeit die deutsche Minderheit in Namibia. Dabei hatte sich durch die Unabhängigkeit des Landes die Chance geboten, das Thema Völkermord an den Herero auf die Agenda zu setzen und damit auch zu einer Normalisierung der namibisch-deutschen Beziehungen beizutragen. Nach dem Bundestagsbeschluss von 1989 über die „besonderen

¹⁷ Vgl. Henning Melber: Wir haben überhaupt nicht über Reparationen gesprochen, in: Jürgen Zimmerer/Joachim Zeller: Völkermord in Deutsch-Südafrika, Berlin 2004, S. 220f.

¹⁸ Vgl. ebenda.

Verantwortung“ der ehemaligen Kolonialmacht Deutschland, stagnierte das deutsche Engagement im deutsch-namibischen Annäherungsprozess. Außerdem wurde zu keiner Zeit näher definiert, wie eine besondere Verantwortung aussehen könne. Statt zu einer Annäherung kam es zu Eklats, welche die Fronten weiter verhärtete.

3.2. Die Rot-Grüne Regierungszeit (1998-2005)

Es wäre zu erwarten gewesen, dass die Rot-Grüne Regierung eine Zäsur in der offiziellen Bewertung des Völkermordes an den Herero herbeiführen würde. Dem entgegen aber ließ sich nach dem Regierungswechsel keine grundlegende Änderung der offiziellen politischen Linie erkennen.¹⁹ 2001 brachte die Regierungskoalition einen Antrag zum Thema Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia in den Bundestag ein. Darin verwies sie nochmals auf die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses von 1989, auf die „besondere Verantwortung“ Deutschlands und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Namibia.²⁰ 2001 reichte die Interessengemeinschaft *Herero Peoples Reparations Corporation* in den USA Klagen gegen die Bundesregierung und deutsche Unternehmen ein und forderten drei Millionen Euro Entschädigung. Diese Klagen wurden 2004 von den USA abgewiesen und darüber hinaus nicht von der Bundesregierung angenommen.²¹

Die Justizministerin Herta-Däubler-Gmelin (SPD) äußerte sich in einem Interview despektierlich über die Privatklagen der Herero. Sie empfand es als nicht nachvollziehbar, dass ein kleiner Teil der namibischen Bevölkerung trotz der guten zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia in den USA einen Prozess gegen die Bundesregierung führen wollen. Einen ähnlichen Ton hat ein Strategiepapier des Auswärtigen Amtes, in dem von einer „vergleichsweise weniger belasteten kolonialen Vergangenheit“ Deutschlands die Rede ist.²²

Das Positionspapier des Auswärtigen Amtes ist ein Beleg für Desinteresse der SPD-Grüne Regierung gegenüber der kolonialen Vergangenheit Deutschlands. Erst fünf Jahre nach Amtsantritt besucht Außenminister Joschka Fischer Namibia.²³ Dort wird ihm die Frage

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 220-222.

²⁰ Vgl. Deutscher Bundestag: Drucksache 14/5796 vom 4. April 2001, online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/057/1405796.pdf> (Zugriff: 15. April 2013).

²¹ Vgl. Jasmin Rietdorf: Rechnung noch nicht beglichen, in: TAZ online 05.01.2008, online: <http://www.taz.de/!10404/> (Zugriff: 15. April 2013).

²² Vgl. o.N.: Gute Beziehungen gefestigt. Deutsche Justizministerin beendet einen dreitägigen Besuch in Namibia, in: Windhoeker Allgemeinen Zeitung online, 5. Februar 2002, online: <http://www.az.com.na/politik/gute-beziehungen-gefestigt.2254.php> (Zugriff: 15. April 2013); Melber, Reparationen, S. 223.

²³ Vgl. Melber, Reparationen, S. 222

gestellt, warum sich die Bundesrepublik für ihr koloniales Verbrechen offiziell nicht entschuldige. Fischer antwortet darauf ablehnend. Er würde keine Äußerung von sich geben, die formal-juristisches entschädigungsrelevantes Schuldbekenntnis beinhalten würden.²⁴ Auf der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban 2001 hatte Fischer allerdings bereits eine Rede gehalten, die die neuen politischen Grundsätze seiner Regierung aufzeichnen sollte. Fischer sagt darin:

„Aber die Schuld anzuerkennen, Verantwortung zu übernehmen und sich seiner historischen Verpflichtung zu stellen, kann den Opfern und ihre Nachkommen zumindest die ihnen geraubte Würde zurückgeben. Ich möchte dies deshalb hier und heute für die Bundesrepublik Deutschland tun.“²⁵

Damit stellte er alles in den Schatten, was seine Vorgänger zu diesem Thema geäußert hatten. Dennoch: es war ein Schuldeingeständnis - jedoch keine explizite Entschuldigung.

Die Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul ging 2004 noch weiter. Anlässlich des Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag der Herero-Aufstände hielt sie in Okakarara eine Rede, in der sie die Gräueltaten der kaiserlichen Schutztruppe als *Völkermord* bezeichnete. Sie war damit die erste deutsche Regierungsvertreterin, die diesen Terminus in diesem Zusammenhang verwendete.²⁶ Ferner sagte sie:

„Wir Deutschen bekennen uns zu unserer historisch-politischen, moralisch- ethischen Verantwortung und zu der Schuld, die Deutsche damals auf sich geladen haben. Ich bitte Sie im Sinne des gemeinsamen ‚Vater unser‘ um Vergebung unserer Schuld. Ohne bewusste Erinnerung, ohne tiefe Trauer kann es keine Versöhnung geben.“²⁷

Die Worte der Ministerin ernteten jedoch viel Kritik. Zunächst bezeichnete die CDU/CSU-Opposition diese Worte als „teuren ‚Gefühlsausbruch‘“²⁸ denen bald Entschädigungsforderungen folgen würden. Diese Angst teilte auch die Regierung und tat die Worte von Wieczorek-Zeul als private Meinung ab und übernahm ihre Position nicht.²⁹

Damit entwickelte die Rot-Grüne Regierung verbal den Beschluss über die „besondere Verantwortung Deutschlands“ weiter. Fischer kannte als erster deutscher Außenminister die deutsche Schuld an, die Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul sprach von *Völkermord*.

²⁴ Vgl. Jasmin Rietdorf: Rechnung noch nicht beglichen, in: TAZ online 05.01.2008, online: <http://www.taz.de/!10404/> (Zugriff: 15. April 2013).

²⁵ Joschka Fischer zitiert nach Thomas Knemeyer: Fischer gesteht deutsche Schuld in Afrika ein, in: Die Welt online 3. September 2001, online: <http://www.welt.de/print-welt/article473589/Fischer-gesteht-deutsche-Schuld-in-Afrika-ein.html> (Zugriff: 15. April 2013).

²⁶ Vgl. Rede Wieczorek-Zeul, 14. August 2004 in Okakarara, online: http://www.windhuk.diplo.de/Vertretung/windhuk/de/03/Gedenkjahre__2004__2005/Seite__Rede__BMZ__2004-08-14.html (Zugriff: 15.04.13).

²⁷ Ebenda.

²⁸ Zitiert nach Rietdorf, Rechnung.

²⁹ □Vgl. Rede Niema Movassat (DIE LINKE) 22. März 2012, in: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 17/17168, online: dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17168.pdf (Zugriff: 15. April 2013).

Bei allen Schuldeingeständnissen vermied die Bundesregierung jedoch immer eine offizielle Entschuldigung aus Angst vor möglichen Entschädigungsforderungen. Dies deckte sich aber auch mit der Haltung der namibischen Regierung, die individuelle Forderungen der Herero ablehnten, denn dies barg die Gefahr das fragile ethnische Gleichgewicht in Namibia ins Wanken zu bringen. Die deutsche Regierung setzte statt dessen auf eine Verdopplung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia. Diese Mittel sollten vor allem in Gebieten eingesetzt werden, in denen die Nachfahren der Herero - aber auch der Nama - lebten.

3.3. Die Ära Angela Merkel (2005-heute)

2005 übernahm die „große Koalition“ aus CDU und SPD unter der Führung von Angela Merkel die Regierungsgeschäfte. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) setzte die Stillhaltepolitik fort. Die „große Koalition“ bestand bis 2009, dann koalierte die CDU mit der FDP. Auch hier zeigte sich keine Änderung der offiziellen Linie. Bewegung brachte jedoch ein Antrag der Partei DIE LINKE von 2007 zur „Anerkennung und Wiedergutmachung der deutschen Kolonialverbrechen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika“. Darin forderte DIE LINKE, eine Bundesstiftung für die Aufarbeitung der deutschen Kolonialverbrechen zu gründen. Die Forderung der Herero auf Entschädigung lag bis dato sechs Jahre zurück und bestand immer noch. Nun stellten auch die Nama, welche ein ähnliches Schicksal wie das der Herero erlitten hatten, einen Antrag auf Entschädigung. Die Herero waren kein Einzelfall mehr. Dennoch wurde der Antrag mit der Regierungsmehrheit abgelehnt.³⁰

Dennoch gab es einen Eklat: Am 30. September 2011 wurde 20 namibischen Totenschädel von durch Schutztruppen getöteten Angehörigen der Herero und Nama an den Staat Namibia zurück gegeben. Diese hatten sich in den Asservatenkammern der Charité befunden. Die Vertreterin der Bundesregierung, die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper (FDP), sagte in ihrer Rede: „die Bundesregierung bekennt sich zu diesem schweren historische Erbe und der daraus folgenden moralischen und historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Namibia“³¹. Das reichte einigen Zuhörern der Zeremonie nicht, die forderten, sich für die Verbrechen der Deutschen in Namibia zu entschuldigen.³²

³⁰ Vgl. Rede Niema Movassat (DIE LINKE), 22. März 2012, in: Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 17/168, online: dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17168.pdf (Zugriff: 15. April 2013).

³¹ Ansprache Pieper anlässlich der Feierstunde zur Übergabe von Schädeln namibischen Ursprungs in der Charité, online: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2011/110930-StMPieper-Rede-HereroNama.html?nn=597086> (Zugriff: 15. April 2013).

³² Vgl. Julia Becker, dpa 30. September 2011, online: http://www.t-online.de/nachrichten/wissen/geschichte/id_50140192/charite-gibt-schaedel-aus-kolonialzeit-an-namibia-

Die bis heute andauernde Ära Merkel bedeutete keine Änderung der politischen Linie, die sich auf die kurze Formel bringen lässt: Ja zur Verantwortung aber Nein zur Wiedergutmachung. Weder war dies während der „großen Koalition“ der Fall, noch zur Zeit der CDU-FDP-Regierung. Am 26. Juni 2008 debattierte der Bundestag über den Wiedergutmachungsanspruch Namibias wegen des Völkermords an Herero und Nama. Der entsprechende Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde abgelehnt und statt dessen ein moderater Antrag angenommen, der forderte, in einen Dialog mit der namibischen Regierung zu treten.

4. Resümee

Mehr als 100 Jahre nach der Ermordung mehrerer Zigtausend Herero gibt es von Seiten der Bundesrepublik immer noch keine Entschuldigung für die Verbrechen der kaiserlichen Schutztruppe. Es hat sich in dieser Arbeit gezeigt, dass in drei verschiedenen politischen Ären nach der „Wiedervereinigung“ die verschiedenen Regierungen versuchten, insbesondere das Thema Wiedergutmachung auszusetzen. Nach der Unabhängigkeit Namibias 1990 gab es zunächst rege außenpolitische Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia. Es gab zahlreiche Delegationen und Besuche hoher Staatsfunktionäre, inklusive des Bundeskanzlers Helmut Kohl. Allerdings wurde das Thema Gewalt gegen die Herero - und auch Nama - kaum thematisiert. Man sah sich vielmehr als ehemalige Kolonialmacht in einer „besonderen Verantwortung“ und koppelte diese an Entwicklungshilfen. Das ist ein Widerspruch in sich. Darüber hinaus zeigte sich schnell, dass die Regierung kein wahres Interesse an dem Thema hatte. Eher unterstützte man die deutsche Minderheit, als das leidliche Thema Massenmord auf die Agenda zu setzen.

Mit der Ära Schröder, in der Joschka Fischer Außenminister war, änderte sich dies zumindest auf verbaler Ebene. Die Verbrechen in Deutsch Südwest-Afrika wurden thematisiert, jedoch immer wieder vermieden, eine Entschuldigung zu formulieren. In der Ära Merkel setzte sich dies fort. Und doch weigerte sich die CDU bis heute den Terminus *Völkermord* im Zusammenhang mit der Niederschlagung des Herero-Aufstandes zu verwenden.

Bis heute verhindert die Angst vor Entschädigungszahlungen an die Nachkommen der Herero eine Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Kolonialzeit auf staatlicher Ebene. Viel zu langsam sickert außerdem das Wissen von deutschen Verbrechen während der Kolonialzeit in das kollektive Bewusstsein. Die (gesamt-)deutsche Erinnerungskultur ist heute mit der Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten sowie mittlerweile

verstärkt und unverhältnismäßig und dem Unrecht in der DDR beschäftigt.

So ist es notwendig, auf außerparlamentarischer Ebene Druck auf die Regierung zu machen. Mittlerweile gibt es auch parlamentarische Initiativen, wie die der LINKE, hier etwas zu ändern. Denn Deutschland entfernt sich angesichts internationaler Prozesse gegen Massenmörder und Kriegsverbrecher mit seiner Sperrhaltung von der Realität. In Namibia ist das Thema regelmäßig Gegenstand politischer und gesellschaftlicher Diskussionen. Dort ist das Trauma der Vernichtung präsent. Mittlerweile sind es nicht mehr nur die Herero, die Entschädigungsansprüche stellen. Da die UN-Völkermordkonvention keine Verjährung dieses Kapitalverbrechens vorschreibt, wird dieses Thema noch lange präsent sein. Deutschland wird meines Erachtens nach früher oder später ein entschädigungsrelevantes Schuldbekenntnis formulieren müssen. Wann das geschieht, hängt jedoch von der öffentlichen Präsenz des Themas und vom öffentlichen Druck ab. Treffend formulierte es der Bundestagsabgeordnete Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE): „Bisher hat keine Bundesregierung die Existenz dieses Völkermordes anerkannt. Das ist eine Schande.“³³

³³ Rede Hüseyin-Kenan Aydin, online: <http://www.linksfraktion.de/reden/herero-nama-haben-recht-wiedergutmachung-2007-06-13/> (Zugriff 15. April 2013).

5. Literatur

Gedruckte Quellen

Brehl, Medardus: „Diese Schwarzen haben vor Gott und Menschen den Tod verdient“ Der Völkermord an den Herero 1904 und seine zeitgenössische Legitimation, in: Irmtrud Wojak, Susanne Meinl (Hg.), Völkermord. Genozid und Kriegsverbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Campus, Frankfurt am Main 2004, S. 77–97.

Conrad, Sebastian: Deutsche Kolonialgeschichte, München 2008.

Eckert, Andreas: Namibia ein deutscher Sonderweg in Afrika, in: Jürgen Zimmerer/Joachim Zeller (Hg.): Völkermord in Deutsch-Südafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen. Berlin 2004, S. 226-231.

Hillebrecht, Werner: Die Nama und der Krieg im Süden, in: Jürgen Zimmerer/Joachim Zeller (Hg.), Völkermord in Deutsch-Südafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen. Berlin 2004, S. 121-133.

Melber, Henning: Wir haben überhaupt nicht über Reparationen gesprochen, in: Jürgen Zimmerer/Joachim Zeller: Völkermord in Deutsch-Südafrika, Berlin 2004, S. 220-221.

Pakenham, Thomas: The Boer War, New York (Random House) 1979, S. 493–495.

Wojak, Irmtrud/ Meinl, Susanne (Hg.): Völkermord. Genozid und Kriegsverbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 2004.

Zimmerer, Jürgen: Kein Sonderweg im „Rassenkrieg“. Der Genozid an den Herero und Nama 1904-08 zwischen deutschen Kontinuitäten und der Globalgeschichte der Massengewalt, in: Sven Oliver Müller und Cornelius Torp (Hg.): Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009, S.223-240.

Zimmerer, Jürgen /Zeller, Joachim (Hg.): Völkermord in Deutsch-Südafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen. Berlin 2004.

Im Internet veröffentlichte Quellen

Appell an den deutschen Bundestag. Der Völkermord an den Herero, auf: <http://www.gfbv.de/-inhalts-Dok.-php?id=49> (Zugriff: 12. April 2013).

Aydin, Hüseyin-Kenan: Rede 13. Juni 2007, online: <http://www.linksfraktion.de/reden/herero-nama-haben-recht-wiedergutmachung-2007-06-13/> (Zugriff 15. April 2013).

Becker, Julia: dpa 30. September 2011, online: http://www.t-online.de/nachrichten/wissen/-geschichte/-id_50140192/charite-gibt-schaedel-aus-kolonialzeit-an-namibia-zurueck.html (15. April 2013).

Hielscher, Almut: Das Zeitalter der Kolonien ein Kuhhandel, in: <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecialgeschichte/d-51661372.html> (Zugriff: 20.04.2013)

Deutscher Bundestag, Drucksache 11 /4205 vom 15. März 1989, online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/11/042/1104205.pdf> (Zugriff: 16. April 2013)

Deutscher Bundestag, Drucksache 11/4846 vom 21. Juni 1989, online:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/11/048/1104846.pdf> (Zugriff: 16. April 2013)

Deutscher Bundestag, Drucksache 14/5796 vom 4. April 2001, online:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/057/1405796.pdf> (Zugriff: 15. April 2013).

Knemeyer, Thomas: Fischer gesteht deutsche Schuld in Afrika ein, in: Die Welt online 3. September 2001, online: <http://www.welt.de/print-welt/article473589/Fischer-gesteht-deutsche-Schuld-in-Afrika-ein.html> (Zugriff: 15. April 2013)

Movassat, Niema: Rede 22. März 2012, in: Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 17/168, online:
dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17168.pdf (Zugriff: 15. April 2013).

o.N.: Gute Beziehungen gefestigt. Deutsche Justizministerin beendet einen dreitägigen Besuch in Namibia, in: Windhoeker Allgemeinen Zeitung online, 5. Februar 2002, online:
<http://www.az.com.na/politik/gute-beziehungen-gefestigt.2254.php> (Zugriff: 15. April 2013);

o.N.: Eklat bei der Übergabe der namibischen Schädel, 30. September 2011, online: www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_50247728/eklat-bei-der-uebergabe-der-namibischen-schaedel.html (Zugriff 15. April 2013).

Pieper, Cornelia: Rede am 30. September 2011, online: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/-Infoservice/Presse/Reden/2011/110930-StMPieper-Rede-HereroNama.html?nn=597086> (Zugriff: 15. April 2013).

Rietdorf, Jasmin: Rechnung noch nicht beglichen, in: TAZ online 05.01.2008, online:
<http://www.taz.de/!10404/> (Zugriff: 15. April 2013).

Wieczorek-Zeul, Heidemarie: Rede bei den Gedenkfeierlichkeiten der Herero-Aufstände am 14. August 2004 in Okakarara, online:http://www.windhuk.diplo.de/Vertretung/windhuk/de/03/Gedenkjahre__2004__2005/Seite__Rede__BMZ__2004-08-14.html (Zugriff 15. April 2013).